



Stadtratsfraktion

Frau Oberbürgermeisterin Carda Seidel

Herren Fraktionsvorsitzende im Stadtrat

-per E-Mail-

Ansbach, 08. Februar 2015

Offener Brief: ÖPNV am Boden - Fahrgastzahlenentwicklung im Ansbacher Busverkehr

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Seidel,

sehr geehrte Kollegen,

die nun bekannt gewordenen Fahrgastzahlen 2014 im Ansbacher Stadtlinienverkehr geben Anlass zur Sorge. Binnen drei Jahren hat unser ÖPNV jeden vierten Fahrgast verloren; für nahezu 300.000 Fahrten weniger als 2011 haben die Bürgerinnen und Bürger 2014 den Bus genutzt.

Die Entscheidungen, die zu dieser Abwärtsspirale führten, hatten zwar demokratische Mehrheiten gefunden. Allerdings sind Prognosen, die manchem Abstimmungsverhalten zugrunde lagen, gerade mit Blick auf einen erwarteten „Eingewöhnungseffekt“, nicht eingetreten – im Gegenteil: 2014 sank die Fahrgastzahl nochmals um zehn Prozent auf einen historischen Tiefststand seit Gründung der Ansbacher Bäder- und Verkehrsgesellschaft (ABuV).

Es ist Ihnen sicherlich bewusst, dass unsere Stadt die sozialen und ökologischen Ziele, denen ein guter ÖPNV dienen soll, unter Fortsetzung der Hochpreispolitik nicht erreichen kann. Die Preissteigerungen betragen im Vergleich zu 2011 inzwischen 50 Prozent beim Einzelfahrschein und 84 Prozent beim Monatsticket.

Hinzu kommt, dass der ÖPNV bei der deflationären Entwicklung des Rohölpreises immer weiter hinsichtlich des Kosten-Nutzen-Verhältnisses im Vergleich zum PKW ins Hintertreffen gerät. Es darf daher nicht verwundern, dass ohne mehr Nachfrageorientierung auch die Rentabilität bei der ABuV weiter abnehmen wird.

In den kommenden Monaten werden wir über eine Neuauflage eines Nahverkehrskonzeptes entscheiden. „ÖPNV neu denken“ lautet der Arbeitstitel der Verwaltung. Natürlich können veränderte Linienführungen an mancher Stelle Verbesserungspotenziale bergen. Ob eine weitere Ausdehnung der ohnehin bereits sehr kostspieligen Marketingmaßnahmen den gewünschten Erfolg bringt, muss angesichts der aktuellen Entwicklung gleichwohl bezweifelt werden.

Wir sollten uns jedoch grundsätzlich mit dem Kernproblem auseinander setzen: Ansbach hat eine Tarifstufe, die nicht zum ÖPNV-Angebot passt. Darüber hat die Bevölkerung mit den Füßen abgestimmt.

In Ansbach ist die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel inzwischen genau so teuer wie in Bamberg und Bayreuth. Diese Städte weisen nicht nur eine annähernd doppelte Einwohnerzahl auf, sondern verfügen über ein deutlich größeres und engmaschigeres Nahverkehrsnetz mit Bedienung bis in die späten Abendstunden hinein. Auch der Vergleich mit dem nach Einwohnern gleich großen Schwabach greift zu kurz: Aufgrund dessen Lage an der Nürnberger Stadtgrenze existiert dort ein weitaus umfangreicheres ÖPNV-Angebot.

Wir müssen den Ansbacher ÖPNV daher nicht völlig „neu denken“, sondern in erster Linie gemeinsam Entscheidungen der Vergangenheit, die nicht die gewünschten Ergebnisse brachten, korrigieren. Als konkrete Schritte schlagen wir Ihnen zunächst drei Punkte vor:

1. Setzen wir uns im VGN für die Aussetzung der sog. „Atzelsberger Beschlüsse“ ein. Diese zusätzliche automatische Preiserhöhung um jährlich rund drei Prozent war als Inflationsanpassung vorgesehen. Aufgrund der Preisentwicklung, gerade im Rohölbereich, ist diesem Beschluss die sachliche Grundlage entzogen. Eine Beibehaltung würde bedeuten, dass ab 2018/19 die Einzelfahrt in Ansbach über zwei Euro kostet.
2. Mit der vom VGN eigens für Ansbach konzipierten Tarifstufe E bestünde eine Kompromisslösung, die gleichzeitig Nachfrage und Rentabilität berücksichtigt. Die Ablehnung dieser Stufe im Stadtrat im Juli 2014 beruhte unter anderem auf der sich jetzt als falsch erwiesenen Annahme, die Fahrgastzahlen würden sich auf dem Niveau von 2012/13 stabilisieren. Die Stadt Nürnberg hat für 2015 vorgesehene Preiserhöhungen um 7,2 Prozent nach Fahrgastzahlenrückgang ebenfalls zurückgenommen – ohne die oft befürchteten Ausgleichszahlungen an den VGN. Setzen wir uns gemeinsam für die Stufe E ohne Ausgleichszahlungen ein. Sollte ein Ausgleich dennoch nötig sein, kann dieser infolge einer höheren Auslastung der Busse zumindest zum Teil refinanziert werden.
3. Aufgrund der mehr als fragwürdigen Informationspolitik der ABuV-Leitung kann der Stadtrat nur mit großer zeitlicher Verzögerung auf Entwicklungen reagieren (Veröffentlichung der nicht aufbereiteten Vorjahreszahlen erst im Spätherbst nach Mindestveröffentlichungsvorgaben im Bundesanzeiger). Die ABuV-Verantwortlichen sehen die Stadt gegenüber der FLZ vom 07.02.15 als „Auftraggeber“. Geben wir der ABuV-Leitung den Auftrag, in der Stadtochter endlich Transparenz herzustellen. Lassen Sie uns zudem die Strukturen der AVV-Holding grundsätzlich überprüfen: Unser gemeinsames Ziel sollte sein, die AVVH in Rechtsformen zu übertragen (z.B. Beteiligungsgesellschaft als Eigenbetrieb, Kommunalunternehmen), die den Ausgleich der Betriebsergebnisse zwischen Stadtwerken und ABuV weiterhin ermöglichen und gleichzeitig Öffentlichkeit und Mitbestimmung schaffen.

Mit freundlichen Grüßen

Boris-André Meyer

Fraktionsvorsitzender

Offene Linke Ansbach -Stadtratsfraktion- ◀ Boris-André Meyer ◀ Würzburger Landstraße 18
91522 Ansbach ◀ Kontakt: Tel. 0981/2059988 ◀ mobil 0160/93104199
mail boris.meyer@offene-linke-ansbach.de ◀ web www.offene-linke-ansbach.de

Eine Kopie dieses Schreibens erhalten die örtlichen Medien